

Glosse

Regina Ogorek

»Gehör verschafft«. Zum Umgang des Arbeitsgerichts Gießen mit leicht schlagendem Pflegepersonal

Er muß einen sehr schlechten Tag gehabt haben, der Direktor des Arbeitsgerichts Gießen, als er Anfang September aus der Presse vom Prügel-Urteil seiner 5. Kammer erfuhr. Er könnte an seinen Kollegen vom Landgericht Frankfurt gedacht haben, der an der medialen Aufbereitung des sog. Behindertenurteils fast zerbrochen war. Eventuell kam ihm auch die Äußerung der seinerzeitigen Bundesjustizministerin in den Sinn, die zum Deckert-Urteil bemerkt hatte, richterliche Unabhängigkeit dürfe kein Freibrief für jegliches Fehlverhalten sein. Vor seinem geistigen Auge war möglicherweise die ganze Liste von wirklichen oder vermeintlichen Justizskandalen Revue passiert, und in seinem Herzen mag der glühende Wunsch entstanden sein, das Arbeitsgericht Gießen in dieser Liste niemals erwähnt zu finden. Vielleicht ist aber auch nichts dergleichen geschehen, und der Direktor des Arbeitsgerichts hat einfach befunden: In Gießen gibt es keine Skandalurteile.

Auf Anhieb will das freilich nicht einleuchten. Denn im April dieses Jahres hatte die mit einem Berufs- und zwei ehrenamtlichen Richtern besetzte Kammer der Kündigungsschutzklage einer Altenpflegerin mit einer – inzwischen veröffentlichten – Begründung stattgegeben, die ob ihrer betriebsblinden Arroganz auch dem kühlen Betrachter die Sprache verschlägt.¹

Folgendes war passiert: In einem Altenpflegeheim in Butzbach berichtet eine Praktikantin der Heimleitung, daß sie Zeugin einer Prügelszene geworden sei. Eine als Nachtwache eingesetzte Pflegerin – die spätere Klägerin – habe eine 85-jährige, geistig verwirrte Heimbewohnerin, die nicht ins Bett gehen wollte (es war Sommer und abends um acht Uhr noch taghell) mit wiederholten Schlägen (»windmühlenartig«) zum Schlafengehen gefügig gemacht. Die im Gefolge dieses Ereignisses von der Heimleitung ausgesprochene fristlose Kündigung (ergänzt übrigens durch eine »Verdachtskündigung«, weil der Frühdienst bei einer anderen Bewohnerin im Anschluß an den Nachtdienst der Klägerin etliche Verletzungen fand – Brillenhämatome, Platzwunde auf dem Nasenrücken, Bruch des Nasenbeins –, die am Vorabend noch nicht existierten) wurde jedoch (wie auch die Verdachtskündigung) als unbegründet zurückgewiesen.

In einer Presseerklärung, die der von den Medien aufgeschreckte Direktor des Gerichts am 8. September 1999 herausgab, heißt es dazu:

»Entgegen anderslautender Darstellungen vertritt das Arbeitsgericht Gießen nicht die Auffassung, tätliche Übergriffe auf Bewohner eines Altenheims seien in gewissem Umfang zulässig ... Vielmehr stützt sich die Entscheidung des Arbeitsgerichts Gießen in dem konkreten Fall ausschließlich darauf, daß nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme der Vorwurf der Tätlichkeit gegenüber einer Heimbewohnerin nicht bewiesen wurde.«

Der Leser der Erklärung seufzt. Scheint es doch auch hier um einen jener Fälle zu

¹ Az: Ca 7/99; die Berufung ist anhangig beim Landesarbeitsgericht Frankfurt a. M., Az: 5 Sa 1230/99.

gehen, wo sich das Recht vom schlimmen Schein – und sei er noch so verdichtet – distanzieren muß, will es nicht seine eigenen Gewißheitsansprüche aufgeben. Der Jurist hat gelernt, mit dem Umstand: »nicht bewiesen« umzugehen, auch wenn er schon mal angesichts vermehrt auftretender Brillenhämatome ins Grübeln verfällt. Aus diesem wird er allerdings jäh herausgerissen, wenn er die Presseerklärung weiterliest. Mit der Attitüde dessen, der ungerechte Vorwürfe zu ertragen weiß, erklärt der Arbeitsgerichtsdirektor nämlich, weshalb die Sache beweisfällig geblieben war: »Der entscheidende Satz der Entscheidungsgründe, der in den Darstellungen sämtlicher Medien unerwähnt blieb, lautet: ›Die Zeugin konnte auch auf Nachfragen des Gerichts weder eindeutig sagen, wie oft die Klägerin die Bewohnerin . . . angeblich geschlagen bzw. ob sie mit der flachen Hand oder der Faust geschlagen hat. Sie konnte darüber hinaus weder sagen, wie fest diese Schläge waren, noch ob die behaupteten Schläge der Klägerin die Bewohnerin überhaupt getroffen haben. Sie hatte lediglich den Eindruck, daß die Patientin sehr eingeschüchtert gewesen sei.«

Was für eine schlechte Zeugin! Hat sie doch tatsächlich nicht mitgezählt. Hat sie nicht einmal die Feinheiten der Maßnahme registriert (flache Hand oder Faust?), auch nicht die eingesetzte Körperkraft kontrolliert (wie fest waren sie eigentlich, die Schläge?) und noch nicht einmal den Erfolg geprüft (getroffen?) Das rechtfertigt denn auch, aus den Schlägen »behauptete« oder »angebliche« zu machen, denn Schläge, die jemand bezeugt, der nicht einmal zählen kann, sind ja wohl keine. Und was für eine schlechte Berichterstattung! Nicht, daß dies wirklich erstaunlich wäre, denn von den sensationsgierigen und umsatzorientierten Medien weiß man, daß sie an nichts so wenig wie an der objektiven Wahrheit interessiert sind. Aber der stets »unerwähnt« gebliebene Satz ist doch nun einmal nicht wegzuleugnen, und daß sein zweifelsfrei entlastender Charakter nicht sogleich erkannt wurde, kann, nach Überzeugung unseres Gerichtsmannes, nur auf »oberflächlichem Lesen der Entscheidungsgründe« beruhen (Presseerklärung). Jeder, der gründlich liest, sieht schließlich, wie nachhaltig man um Aufklärung bemüht gewesen war.

Das ist in der Tat kaum zu bestreiten. Wer – von der gekränkten Unschuld des Direktors aufgerüttelt – die Entscheidungsgründe genau studiert, stellt fest, daß die Kammer nicht nur den Vorfall professionell recherchiert und eindringlich bewertet, sondern gleich auch noch eine Erklärung dafür gefunden hat, weshalb die Zeugin ihre Beobachtungen so »drastisch und überzogen« als Verprügeln einer hilflosen Person deuten konnte. Zwar stand laut Urteilsgründen auch für das erkennende Gericht fest, daß die nun gegen die Entlassung klagende Pflegerin ihre an die Patientin gerichtete Aufforderung, ins Bett zu gehen, damit flankierte, daß sie die störrische alte Frau jedenfalls »mehrmals mit den Händen auf die Oberarme geschlagen« hat, aber wer wird denn darin gleich eine Tötlichkeit sehen? (Entscheidungsgründe: »in jeglicher Hinsicht abwegig«.) Die lebensnahe Deutung der Kammer bevorzugt die Lesart, daß die Klägerin »die – aufgrund der geistigen Verwirrtheit der Bewohnerin – gegebene ›Starrsinnigkeit‹ und die damit verbundene Weigerung, ins Bett zu gehen, durch das Schlagen auf die Oberarme lediglich unterbrechen wollte, um sich mit ihrer Forderung: ›Jetzt aber ins Bett!‹ Gehör zu verschaffen.«

Ach so!!! Die Prügel (der Einfachheit halber sollen die Schläge auf den Oberarm auch weiterhin unter diesen Begriff subsumiert werden) waren nicht einfach roh und menschenverachtend, sondern verfolgten ein legitimes Ziel, was ja nach alter Denktradition schon immer die Mittel heiligte. Die Patientin hatte schließlich auf die Anweisung, ins Bett zu gehen, immer wieder mit »nein, nein, nein« geantwortet, was nach Überzeugung der Richter nicht etwa eine eigene (vielleicht sogar zu respektierende?) Meinung, sondern krankhaften »Starrsinn« dokumentierte. »Aus der Schilderung des Geschehensablaufs durch die Zeugin selbst, zeigte sich aus Sicht der

Kammer . . . , daß die Bewohnerin . . . allein mit guten Worten nicht ins Bett zu bringen war.« Da wird man doch mal auf die Oberarme schlagen dürfen. Wem diese Evidenz noch immer nicht einleuchten will, wird schließlich durch eine sorgfältige Verhältnismäßigkeitsprüfung beschämt: »Das Verhalten der Klägerin stellt daher aus Sicht der Kammer keine – wie von der Beklagten behauptete – körperliche Mißhandlung dar, sondern eine klare und bestimmte Anweisung, die die Klägerin angesichts der Umstände für notwendig halten durfte, um die Bewohnerin ins Bett zu bringen.«

Man muß wirklich froh sein, daß das Arbeitsgericht Gießen die Verhältnisse in den Altenpflegeheimen wieder zurecht gerückt hat. Wohin sollte es führen, wenn plötzlich die Heimleitungen prügelndes Personal so einfach entlassen könnten und damit den ohnehin überlasteten Pflegekräften die Möglichkeit nähmen, sich »klar und bestimmt« auszudrücken? Der Mißstand, der sich hier andeutet, hat das Gericht nicht ruhen lassen, und so hat es – sozusagen als überobligationsmäßige Begründungsleistung – bezüglich der festgestellten Verweichlichungstendenzen auch noch Ursachenforschung betrieben. Im konkreten Fall sei die für das Gericht anstößige Betroffenheit der Praktikantin »auf ihre Unerfahrenheit und Übersensibilisierung zurückzuführen. Die Zeugin betonte immer wieder, daß sie das Verhalten der Klägerin deshalb so schlimm empfunden habe, weil sie in der Schule gelernt habe, »den Willen der Patienten zu respektieren.« Für diese Mängel der Schulausbildung war die Kammer natürlich nicht unmittelbar zuständig; aber als Spruchkörper eines Arbeitsgerichts wollte sie dazu doch noch ein paar passende Worte an die Adresse des Arbeitgebers, also der Heimleitung, richten, welche mit ihrer inadäquaten Kündigung letztendlich den unsinnigen Prozeß zu vertreten hatte: »Bereits aus Fürsorgegesichtspunkten wäre die Beklagte als Arbeitgeberin verpflichtet gewesen, die Anschuldigungen der Praktikantin – die offensichtlich hinsichtlich der Frage des Umgangs mit Patienten übersensibilisiert war (sic!) – stärker auf deren Stichhaltigkeit hin zu überprüfen.«

In Zeiten, da man unsicher sein muß, ob nicht der Leser von Druckerzeugnissen nur als unfreiwilliger Parameter eines »großen geistigen Labor-Experiments« zum Auswerten von Empörungs-Reaktionen funktionalisiert wird (vgl. FAZ 16. 9. 99 im Rahmen der Sloterdijk-Debatte), liegt der Verfasserin dieser Zeilen daran zu versichern, daß sie nicht aus einem Polanski-Drehbuch, sondern tatsächlich aus den Entscheidungsgründen eines aktuellen Urteils des Arbeitsgerichts Gießen zitiert hat. Und aus der Presseerklärung seines Direktors, der seine eilfertige Ehrenerklärung mit dem selbstbewußten Satz beschließt: »Selbstverständlich ist auch nach Auffassung der erkennenden Kammer jeglicher körperliche Angriff gegenüber Pflegebedürftigen geeignet, eine Kündigung zu begründen, wie dies auch in anderen Entscheidungen des Arbeitsgerichts Gießen bestätigt worden ist.« So einfach ist das! Tätlichkeiten und körperliche Angriffe jeder Art kann das Recht nicht zulassen – wo bliebe denn da die Menschenwürde? Wohl aber erträgt es Juristen, die durch feinsinnige Tatbestandsarbeit aus zweifelsfrei ermittelten Schlägen gegenüber einer hilflosen Person das »Tätliche« und den »körperlichen Angriff« herausdefinieren und in ihnen stattdessen die »klare und bestimmende Anweisung« zur Durchsetzung legitimer Ziele zu erblicken vermögen. Dem Recht ist damit offenbar Genüge getan. Und der menschenrechtsfixierte Utopist, der an dieser Logik immer noch herummäkeln möchte, hat schließlich die Möglichkeit, den Gerichtsbezirk Gießen bei der Wahl seines Altersheimes auszuklammern.